

mehrdimensionalen Lebenssinn zu öffnen. In einer solchen selbstkritischen Haltung beginnt dann die Bewährung, wie theoretische und praktische Modelle je konkret gemeinsam mit den Adressatinnen und Adressaten auszugestalten sind, und es beginnen gemeinsame Deutungs- und Entscheidungsprozesse, inwieweit die Modelle ethisch und qualitativ angemessen sind.

Dr. Petra Schmidt-Wiborg ist Philosophin und arbeitet als wissenschaftliche Projektleiterin bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe. Sie ist die Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule Lausitz, Großenhainer Straße 57, 01968 Senftenberg, E-Mail: petra.schmidt-wiborg@hs-lausitz.de

Literatur

Arendt, H.: Vita Activa. München 1992

Bauer, R.: Personenbezogene Soziale Dienstleistungen. Wiesbaden 2001

Dungs, S.: Der „Spielsinn“ der Praxis. In: Dungs, S.; Gerber, U.; Schmidt, H.; Schmidt, R. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Ethik im 21. Jahrhundert. Leipzig 2006, S. 87-107

Friesacher, H.: Theorie und Praxis pflegerischen Handelns. Begründung und Entwurf einer kritischen Theorie pflegerischen Handelns. Osnabrück/Göttingen 2008

Finis-Siegler, Beate: Ökonomik Sozialer Arbeit. Freiburg im Breisgau 1997

Gross, P.; Badura, C.: Sozialpolitik und soziale Dienste: Entwurf einer Theorie personenbezogener Dienstleistungen. In: Ferber, C. von; Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpolitik 19/1977, S. 361-385

Hundeck, M.: Verstrickt-sein in Geschichten. In: Mührel, E. (Hrsg.): Zum Personenverständnis in der Sozialen Arbeit und der Pädagogik. Essen 2009, S. 77-96

Lob-Hüdepohl, A.: Soziale Arbeit aus christlicher Hand – ein Problemaufriss. Arbeitspapiere des ICEP 4/2005, S. 1-11

Oelerich, G.; Schaarschuch, A. (Hrsg.): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. München 2005

Sandkaulen, B.: System und Systemkritik. In: Sandkaulen, B. (Hrsg.): System und Systemkritik. Kritisches Jahrbuch der Philosophie. Band 11. Würzburg 2006, S. 11-34

Weber, J.: Philosophie des Helfens. Münster 2003

ALLGEMEINES

Freiwillige werden wieder nach Hause geschickt.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. hält die Begrenzung der Mittel des vor einem Jahr eingerichteten Bundesfreiwilligendienstes für falsch und fordert eine schnelle fraktionsübergreifende Verständigung, damit die erforderlichen Haushaltsmittel bedarfsgerecht aufgestockt werden können. Freiwilligendienste sind eine Form des bürgerschaftlichen Engagements neben anderen. Alle diese bürgerschaftlichen Betätigungen leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gemeinschaft und für eine demokratische Gesellschaft. Die unerwartet hohe Nachfrage im Bundesfreiwilligendienst bei gleichzeitig anhaltend hoher Nachfrage in den lange bewährten Jugendfreiwilligendiensten zeigt die große Bereitschaft von Menschen aller Altersgruppen, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Die Politik müsse die Weiterentwicklung einer lebendigen Bürgergesellschaft durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen und gestalten. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 29.6.2012*

Engagement für Bildung. Bildung für Engagement.

Magazin des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Ausgabe 1/2012. Hrsg. BBE. Selbstverlag. Berlin 2012, 160 S., kostenfrei *DZI-E-0326*

Für die Engagementpolitik und -praxis ist Bildung ein wesentlicher Bereich, sowohl als Praxisfeld als auch in der Qualifizierung von Engagierten. Beiträge verschiedener Autorinnen und Autoren zu den unterschiedlichsten Bereichen der formellen und informellen Bildung sowie einschlägige Praxisbeispiele aus der „Bildung für Engagement“ vermitteln Anregungen zu diesem Feld, das von Grundsatzbeiträgen von Thomas Olk (BBE-Sprecherrat), Thomas Krüger (Bundeszentrale für politische Bildung) und Kurt Edler (Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik) abgesteckt wird. Auch das Thema „Bundesfreiwilligendienste als Lerndienste“ wird mit einer Reihe von Beiträgen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Das Magazin ist Bestandteil der Kampagne „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“, die unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten in diesem Jahr vom 24. September bis zum 3. Oktober zum achten Mal stattfindet. Bestellschrift: BBE Geschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-120, Internet: www.engagement-machtstark.de

Soziale Spaltung in deutschen Großstädten

nimmt zu. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in deutschen Städten insgesamt rückläufig, die Segregation, also die sozialräumliche Spaltung zwischen Arm und Reich, nimmt jedoch zu. Städte im Süden Deutschlands sind davon weniger betroffen als Städte im Norden, Westen und Osten. Diese alarmierende Entwicklung wird aus einem

Städtevergleich deutlich, den das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat. In einem Kooperationsprojekt mit 19 deutschen Großstädten wurde die Entwicklung der Jahre 2007 und 2009 miteinander verglichen. Während Ungleichverteilung und Spaltung im Zusammenhang mit Kinderarmut teilweise weiter ansteigen, konnten im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit oft Angleichungen der einzelnen Stadtteile festgestellt werden. Die Programme der Städtebauförderung, insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind wichtige Instrumente, um der Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen sowie der Verdrängung armer Menschen an den Stadtrand entgegenzuwirken. Weitere Informationen zu der Studie sind beim Difu erhältlich: Frau Antje Seidel-Schulze, Tel.: 030/390 01-198, E-Mail: seidel-schulze@difu.de *Quelle: Pressemitteilung des Difu vom 13.6.2012*

Erste wissenschaftliche Ergebnisse zum Service Learning. Mehr als 50 % der Schülerinnen und Schüler finden es wichtig, sich zu engagieren, und glauben, dass sie ihr Umfeld verändern können. Allerdings haben sie teilweise erhebliche Defizite beim Wissen über Engagement. Das sind erste Ergebnisse der Wirkungsstudie zum Service Learning, die im Juni von der Aktiven Bürgerschaft e.V. vorgestellt wurde. Die Studie untersucht die Effekte bürgerschaftlichen Engagements auf Bildung. Dafür wurden 1256 Schülerinnen und Schüler zwischen 12 und 17 Jahren aus Service-Learning-Projekten an 43 Schulen in Nordrhein-Westfalen sowie eine Kontrollgruppe befragt. Zwei Drittel der Schüler aus den Projekten engagieren sich, um neue Dinge zu lernen oder weil ihnen das Projekt Spaß macht. Nur knapp ein Drittel der Schüler gab Berufsorientierung als Motiv an. Damit hat sich die Annahme nicht bestätigt, dass in den Schulprojekten Motive wie etwa der Wunsch nach Anerkennung eine größere Rolle spielen. Die Gesamtergebnisse der Studie sollen im Juli 2013 vorliegen. *Quelle: Nachrichten-dienst Bürgergesellschaft vom Juni 2012*

SOZIALES

Leistungen für Asylsuchende sind zu niedrig. Anlässlich des Internationalen Tages des Flüchtlings am 20. Juni forderte das Diakonische Werk eine Neuberechnung und deutliche Anhebung der Regelsätze für Asylbewerberinnen und -bewerber sowie die Abschaffung von Sachleistungen in Form von Essenspaketen und Gutscheinen. Sachleistungen seien nicht bedarfsgerecht und wirkten sich zudem auch noch leistungskürzend aus. Die Diakonie fordert zudem, eine ausreichende und zeitnahe Gesundheitsversorgung zu gewährleisten sowie das einjährige Arbeitsverbot und den anschließenden nachrangigen Arbeitsmarktzugang aufzuheben. In einem Grund-

satzurteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-Regelsätzen aus dem Jahr 2010 wird die Neuberechnung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verlangt. Derzeit liegen die Regelsätze für Asylsuchende im Schnitt um mehr als ein Drittel unter den Hartz-IV-Regelsätzen, bei einem sechsjährigen Kind sogar um rund die Hälfte niedriger. Außerdem wurden die Sätze seit 1993 nicht an die Preissteigerung von 20 % angepasst. Das Gesetz ist in der derzeitigen Form verfassungswidrig. *Quelle: Pressemitteilung des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 19.6.2012*

Berliner Behindertenbericht 2011. In Berlin leben zirka 580 000 behinderte und schwerbehinderte Menschen. Jeder sechste Berliner beziehungsweise jede sechste Berlinerin ist also behindert oder schwerbehindert. Fast 400 000 Menschen haben einen Grad der Behinderung von mindestens 50 % und gelten somit als schwerbehindert. Wesentliche Berichtspunkte des jetzt vorgelegten Berichts sind die Entwicklung des gemeinsamen Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention sowie Leistungen und Angebote des neu gegründeten Zentrums für sinnesbehinderte Menschen, der Perspektivwechsel im System der betreuten Wohnformen sowie die Situation von Frauen mit Behinderung und Maßnahmen und Initiativen gegen häusliche und sexuelle Gewalt gegenüber Frauen mit Behinderung. Auch das von den bezirklichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und den Beiräten gesteuerte behindertenpolitische Handeln der Bezirke wird im Anhang des Berichtes ausführlich dargestellt. Der Bericht informiert über den Stand der Verwirklichung gleichwertiger Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung und alle behindertenpolitischen Maßnahmen und Initiativen des Landes sowie der Bezirke für den Zeitraum 2007 bis 2010. *Quelle: Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin vom 12.6.2012*

Stiftungen und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Von Antje Bischoff und anderen. Hrsg. Bundesverband Deutscher Stiftungen. Eigenverlag. Berlin 2012, 87 S., kostenlos *DZI-E-0273* Bildung und Teilhabe gehören zum Existenzminimum. Auch zivilgesellschaftliche Akteure fördern Bildung und Teilhabe, darunter zahlreiche Stiftungen, die mit ihren Angeboten die Chancen von Kindern und Jugendlichen verbessern wollen. Diese Studie geht den Fragen nach, inwiefern Stiftungen und staatliche Einrichtungen kooperieren können, welche Voraussetzungen hierfür erfüllt sein müssen und was Staat und Stiftungen voneinander lernen können. Auf der Grundlage einer Stiftungsumfrage und von Interviews mit Expertinnen und Experten wurden sechs Empfehlungen an Stiftungen und Politik für das weitere Vorgehen erarbeitet. Bestellanschrift: Bun-

desverband Deutscher Stiftungen, Mauerstraße 93, 10117 Berlin, Tel.: 030/89 79 47-0, Internet: www.stiftungen.org

Beschäftigungschancen von Arbeitslosen. Ein-Euro-Jobs können mittelfristig die Beschäftigungschancen von Empfängern und Empfängerinnen von Leistungen zur Grundsicherung steigern, zeigt eine am Montag veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Deutlich höher waren aber die Beschäftigungseffekte der Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante, da sich diese generell durch eine stärkere Nähe zu regulären Jobs auszeichneten. Auch sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante im Durchschnitt von vornherein leichter vermittelbar als die Ein-Euro-Jobber. Diese haben sehr häufig gleich mehrere Vermittlungshemmnisse wie Langzeitarbeitslosigkeit, gesundheitliche Einschränkungen oder geringe Qualifikationen. Im April 2012 wurden die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante mit dem Beschäftigungszuschuss zur „Förderung von Arbeitsverhältnissen“ zusammengefasst und auch bei den Ein-Euro-Jobs hat der Gesetzgeber einige Änderungen vorgenommen. So müssen beispielsweise unter 25-Jährige nicht mehr zwangsläufig in Ein-Euro-Jobs vermittelt werden, wenn sich nicht unverzüglich eine Anstellung oder eine Ausbildung für sie finden lässt. Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante wurden viel seltener durchgeführt als Ein-Euro-Jobs: Im Jahr 2011 nahmen rund 436 000 Menschen einen Ein-Euro-Job auf und weniger als 40 000 Personen ergriffen Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante. Die IAB-Studie kann im Internet unter der URL <http://doku.iab.de/kurzber/2012/kb0912.pdf> abgerufen werden. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom 2.7.2012*

GESUNDHEIT

Versuch zur Medikamentenversorgung im ländlichen Raum. Das Projekt Visavia soll die Abgabe von Arzneimitteln an Patientinnen und Patienten auch außerhalb der Kernöffnungszeiten der jeweiligen Apotheke ermöglichen, ohne dass die Patienten auf eine Beratung verzichten müssen. Das Projekt wurde zum 2. Juli an ausgewählten Apotheken in Rheinland-Pfalz begonnen und wird wissenschaftlich durch die Universitäten Trier und Mainz begleitet und evaluiert. Das ermöglicht eine kontrollierte Abgabe von Medikamenten inklusive Beratung durch einen Apotheker auch außerhalb der Apothekenöffnungszeiten. Rezepte können am Terminal gescannt und direkt zum Zeitpunkt der Medikamentenabgabe bedruckt und mit einer elektronischen Signatur versehen werden. Ein Apotheker oder eine Apothekerin steht während des gesamten Vorgangs dem Patienten und der Patientin via Bildschirm zur Seite. Ab September wird der Betrieb auf die Zeiten Montag bis Samstag von 6 Uhr

bis 22 Uhr erweitert. Nach dem Projektende im Herbst 2013 wird über das weitere Vorgehen entschieden. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 2.7.2012*

Projektgruppe Ambulante gesundheitliche Beratung und soziale Ungleichheit. Studien zeigen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen und niedrigem Bildungsstatus, Migranten und hochaltrige Menschen ambulante gesundheitliche Beratungsangebote in wesentlich geringerem Maß als der Durchschnitt der Bevölkerung nutzen. Andererseits ist der Bedarf an Information, Beratung und Unterstützung in diesen Gruppen besonders hoch. Die Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen (DVSG) hat die Projektgruppe „Ambulante gesundheitliche Beratung und soziale Ungleichheit“ mit den Zielen gegründet, den Wissensstand zu diesem Thema aufzuarbeiten, die Weiterentwicklung praxisgerechter Methoden zu unterstützen, den Erfahrungsaustausch zwischen Beraterinnen und Beratern aus der Sozialen Arbeit in diesem Feld zu fördern und Einfluss auf die politische Diskussion zur Gestaltung der Beratungslandschaft zu nehmen. Die DVSG möchte interessierten Kolleginnen und Kollegen mit der Projektgruppe eine Plattform bieten, um die Kernkompetenz der Sozialen Arbeit in diesem Feld in der Diskussion sichtbar zu machen und dieses Thema im Fachverband stärker zu verankern. Außerdem strebt die Projektgruppe die bessere Vernetzung von praktisch tätigen Beratern und Beraterinnen im Gesundheitswesen und Hochschulen an. Für die Mitarbeit ist die Mitgliedschaft in der DVSG erwünscht, aber nicht notwendig. Kontakt und weitere Informationen: Marie Rösler, Leiterin der Bremer Krebsberatungsstelle, Tel.: 04 21/49 19-222, E-Mail: roesler@bremerkrebsgesellschaft.de. *Quelle: Pressemitteilung der DVSG vom 22.6.2012*

JUGEND UND FAMILIE

Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche im SGB VIII. Im März 2012 hat die Bundesvereinigung Lebenshilfe ein Positionspapier zur Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche im SGB VIII verabschiedet. Politisch wird die Frage, inwiefern die Leistungen der Eingliederungshilfe für alle Kinder und Jugendlichen unter dem Dach eines Sozialgesetzbuchs zusammengefasst werden sollten, derzeit in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit dem Titel „Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung“ diskutiert. Die Arbeitsgruppe hat im Mai eine Anhörung durchgeführt, zu der auch die Lebenshilfe eingeladen war. Mit der Einladung zur Anhörung hatte die Arbeitsgruppe einen Fragenkatalog an die Verbände geschickt und um Beantwortung gebeten. In ihrer Stellungnahme formuliert die Lebenshilfe unter Bezugnahme auf ihr Positionspapier Überlegungen und Forderungen zur

Ausgestaltung einer großen Lösung. Weitere Informationen können im Internet unter der URL www.lebenshilfe.de abgerufen werden. *Quelle: BHP Newsletter vom 21.6.2012*

ISA-Jahrbuch zur Sozialen Arbeit 2011. Hrsg. Institut für soziale Arbeit e.V. Waxmann Verlag. Münster 2011, 256 S., EUR 12,90 *DZI-E-0261*

Wie schon in den Jahren zuvor ist der Kinderschutz im Bezugsfeld der Kinder- und Jugendhilfe (Sozialgesetzbuch VIII) auch in diesem Jahrbuch ein zentrales Thema. Anlass und Ausgangspunkt war hierfür der in parlamentarischer Beratung befindliche Regierungsentwurf eines Bundeskinderschutzgesetzes, das im Januar 2012 in Kraft trat. Renommiertere Autoren und Autorinnen beziehen sich auf die Entwicklung dieses Gesetzes, gehen auf die Kooperation von Jugendamt und Ganztagschule ein und problematisieren das Bildungs- und Teilhabepaket im Kampf gegen Kinderarmut. Abschließend werden in Beiträgen die verschiedenen Arbeitsfelder des Instituts für soziale Arbeit (ISA) vorgestellt.

Intersexualität ist keine Krankheit. Operationen zur Geschlechtsfestlegung bei intersexuellen Kindern stellen einen Verstoß gegen das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit dar und sollen nach dem Votum des Familienausschusses im Deutschen Bundestag zukünftig unterbunden werden. Der Ausschuss hatte medizinische und juristische Experten und Expertinnen sowie Vertreterinnen und Vertreter von Selbsthilfevereinen geladen, um mit ihnen über die Stellungnahme des Deutschen Ethikrates zum Thema Intersexualität zu debattieren. Zur Diskussion stand zudem ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in dem ein verbesserter Schutz der Grundrechte intersexueller Menschen gefordert wird. Einigkeit herrschte zwischen den Experten und Expertinnen auch in dem Urteil, dass Intersexualität keine Krankheit sei. Die Teilnehmenden folgten weitestgehend der Stellungnahme des Ethikrates. Erst wenn ein Kind sich in dieser Frage unzweifelhaft selbst äußern könne, dürfe eine Entscheidung gefällt werden. Und es müsse geprüft werden, dass die Entscheidung des Kindes für das eine oder andere Geschlecht ohne Beeinflussung von außen, etwa durch die Eltern, getroffen worden sei. Dies könne beispielsweise durch ein Familiengericht geschehen. *Quelle: Heute im Bundestag vom 25.6.2012*

Altenhilfepreis des DRK 2013. Mit dem Altenhilfepreis des DRK sollen auch in diesem Jahr wieder vorbildliche Projekte ausgezeichnet werden. Für 2013 lautet das Thema „Ehrenamt und Hauptamt im Quartier – Soziale Räume im Alter gestalten“. Gesucht werden erfolgreich abgeschlossene Projekte, die das soziale und räumliche Umfeld für ältere Menschen vorbildlich gestalten und gemeinwesenorientierte Angebote im Quartier schaffen. Durch bürgerschaftliches und generationsübergreifendes Engagement, verbunden mit professioneller

19.9.2012 Berlin. Symposium zur Vorstellung des E-Learning-Programms für Fachkräfte zur Prävention und Intervention bei sexuellem Kindesmissbrauch. Information: Dr. Hubert Liebhardt, Universitätsklinikum Ulm, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Steinhövelstraße 5, 89075 Ulm, Tel.: 07 31/50 06 16 48, E-Mail: hubert.liebhardt@uniklinik-ulm.de

27.-28.9.2012 Berlin. 8. Personalkongress der Krankenhäuser. Information: KlinikRente Versorgungswerk GmbH, Robert-Perthel-Straße 4, 50739 Köln, Tel.: 02 21/29 20 93-0, E-Mail: willkommen@klinikrente.de

4.-5.10.2012 Wien. 9. Dreiländerkongress zur Pflege in der Psychiatrie. Information: Oud Consultancy & Conference Management, Hakfort 621, 1102 LA Amsterdam, Niederlande, Tel.: 00 31/204 09 03 68, E-Mail: conference.management@freeler.nl

10.10.2012 Augsburg. Forum der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Augsburg: Der Sozialstaat gestern und heute – Brennpunkt: soziale Entwicklungen. Information: Katholische Jugendfürsorge der Diözese Augsburg, Schaezlerstraße 34, 86152 Augsburg, Tel.: 08 21/31 00-0, E-Mail: info@kjf-augsburg.de

15.-17.10.12 Hannover. Netzwerktagung für Controllerinnen und Controller sowie Führungskräfte aus den Bereichen der SGB II, VIII, XII. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frau Bärbel Winter, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-605, E-Mail: winter@deutscher-verein.de

18.-20.10.2012 Hanau. 7. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft: Zusammen leben – voneinander lernen. Information: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V., Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/259 37 95-0, E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de

22.-23.10.2012 Stuttgart. Fachkongress Bildung und Betreuung: Invest in Future 2012: Vielfalt – Möglichkeiten erkennen, Herausforderungen meistern! Information: Konzept-e für Kindertagesstätten gGmbH, Wankelstraße 1, 70563 Stuttgart, Tel.: 07 11/65 69 60-10, E-Mail: www.invest-in-future.de/ge/invest-in-future/kontakt/email_contact.php

24.10.2012 Luzern. Ermessen und Spielräume in der Sozialhilfe. Information: Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Wertstrasse 1, Postfach 2945, CH-6002 Luzern, Tel.: 00 41/413 67 48 48, Internet: www.hslu.ch/soziale-arbeit

Unterstützung, sollen diese Projekte eine bedarfsgerechte Versorgungsstruktur entwickelt haben. Diese wird lebendig durch eine enge Kooperation zwischen Wohlfahrtspflege, Kommune, Wohnungsunternehmen und lokalen Initiativen. Ebenfalls sollen sie die interkulturelle Wirklichkeit vor Ort durch die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigen. Die Ausschreibung wendet sich an alle gemeinnützigen Vereine, Einrichtungen, Dienste, Stiftungen, Seniorenbüros, Ehrenamts- und Freiwilligenagenturen, Seniorenorganisationen, Kirchengemeinden, Kommunen und andere gemeinnützige Träger der deutschen Altenhilfe. Das Preisgeld von insgesamt 20 000 Euro wird auf drei Preisträger verteilt. Der Altenhilfefreis des DRK 2013 wird den Preisträgern auf einer Festveranstaltung im Rahmen eines bundesweiten Fachkongresses der DRK-Altenhilfe vom 23. bis 25. April 2013 in Berlin überreicht. Einsendeschluss ist der 19. Oktober 2012. Details und Ausschreibungsunterlagen können im Internet unter der URL www.altenhilfefreidesdrk.de abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Roten Kreuzes vom 7.6.2012*

AUSBILDUNG UND BERUF

Zentrale Erstanlaufstelle Anerkennung eröffnet.

Am 1. April 2012 ist das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen in Kraft getreten. In Berlin übernimmt die „Zentrale Erstanlaufstelle Anerkennung“ die Erstberatung von Migrantinnen und Migranten, die sich über dieses Gesetz informieren oder einen Antrag auf Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse stellen wollen. Die Beratungsstelle ist Teilprojekt des IQ Netzwerks Berlin und wird von der Trägergemeinschaft GFBM e.V. und der Otto-Benecke-Stiftung e.V. betrieben. Es werden Beratungen in Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch und Türkisch angeboten. Die Anlaufstelle ist unter der Telefonnummer 030/61 77 64-770 oder unter der E-Mailadresse: zea-berlin@gfbm.de erreichbar. *Quelle: Pressemitteilung der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen vom 26.6.2012*

Masterstudiengang Führungsverantwortung in christlich-sozialer Praxis. Mitarbeitende und Leitende in sozialen Organisationen müssen über fachliche und ethische Kompetenzen verfügen und in diakonischen Einrichtungen wird ein umfassendes Management-Know-how verlangt. Darüber hinaus macht das Wachstum europaweiter Märkte für soziale Dienstleistungen die Fähigkeit zur Analyse politischer und wirtschaftlicher Reformprozesse notwendig. Der vierte Jahrgang des Masterstudiengangs Führungsverantwortung in christlich-sozialer Praxis an der theologischen Fakultät der Universität Heidelberg nimmt zum Wintersemester sein Studium auf. In vier Semestern können 120 ECTS-Punkte erworben werden, die als Einstellungs Voraussetzung für

den höheren Dienst oder bei Vorliegen entsprechender Qualifikationen zur Promotion berechtigen. Eine Besonderheit des Studiums bildet die Zusammenarbeit mit dem Diaconia University College in Oslo, der Diaconia University of Applied Sciences in Järvenpää (Finnland) und der theologischen Fakultät der Universität Prag. Informationen sind im Internet unter der URL http://www.dwi.uni-heidelberg.de/studium/europamaster_diakonie.html erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg vom 5.6.2012*

Holzschnitt – Kunst in der Sozialen Arbeit. Hrsg. Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin. Zentralverlag. Berlin 2011, 74 S., EUR 14,80 *DZI-E-0277* Ein Seminar an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) mit einer Grafikerin gab den Studierenden der Sozialen Arbeit einen Einblick in die Technik des Holzschnittes anhand von Herstellung und Druck eigener Platten. Der Prozess von der Ideenfindung bis zum fertigen Ergebnis war ein schöpferisches und zeitaufwendiges Erlebnis. Die Vorstellungskraft und die Erfindungsgabe aktivierte die Studierenden, die Anforderungen an Hände und Augen waren nicht alltäglich. Als gemeinsames Projekt stand am Ende des Seminars dieses Buch. Außer den Drucken gab das Buch einen historischen Abriss auf die Geschichte des Hochschulgebäudes wieder und auch die wechselvolle Beziehung von Kunst und Sozialer Arbeit fand ein Plädoyer.

Biografisches und Kreatives Schreiben. Zum Wintersemester 2012/2013 geht der siebte Jahrgang des Masterstudiengangs Biografisches und Kreatives Schreiben an der Alice Salomon Hochschule in Berlin an den Start. Der nunmehr fünfsemestrige postgraduale Teilzeit-Masterstudiengang richtet sich an Absolventinnen und Absolventen mit einem ersten akademischen Studienabschluss im Bereich der Human- und Gesundheitswissenschaften. Er befähigt, Schreibförderung in Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit, der präventiven und nachsorgenden Gesundheitsarbeit sowie in Gebieten wie berufliches Coaching, Supervision, Kulturarbeit, Erwachsenenbildung und Psychotherapie durchzuführen. Das Studium findet in monatlichen Seminarblöcken in Berlin und über die Lernplattform statt. Durch die gegenüber anderen Studiengängen geringere Präsenzzeit an der Hochschule ist das Studium auch für auswärtige Studierende geeignet. Bewerbungsschluss für den nächsten Studiendurchgang ist der 1.9.2012. Informationen können im Internet unter der URL <http://www.ash-berlin.eu/studienangebot/weiterbildende-masterstudiengaenge/biografisches-und-kreatives-schreiben/willkommen/> abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung der ASH vom 4.7.2012*